

Länderbericht Brandenburg – Juli 2016

Im Februar 2016 organisierte die GGG-BB ein Treffen mit allen schulischen Verbänden Brandenburgs, ministeriellen Vertreter/innen und bildungspolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen. Dabei ging es um die Forderung, das Lehrerbildungsgesetz zu verändern, da dieses ab 2018 eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf 12 Monate inkludiert. Alle Verbände stellten an das Bildungsministerium die Forderung, den 18monatigen Vorbereitungsdienst beizubehalten, da nicht alle Lehramtskandidat/innen, die aus verschiedenen Bundesländern kommen, ausreichende Praxiserfahrung (wie z.B. das Praxissemester) haben. Dieser „Vorgang“ ist noch im Prozess. Auch kann nach dem neuen Ausbildungskonzept, das u.a. einen Rückzug der Hauptseminarleiter/innen und einen Teilrückzug der Fachseminarleiter/innen aus den Schulen vorsieht, die primäre Ausbildung der Referendar/innen und Quereinsteiger/innen nicht den Schulen überlassen werden.

Die GGG fokussiert in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und dem Bildungsministerium folgende Schwerpunkte:

- die Schulaufsicht müsste Standards für die Zusammenarbeit mit den Schulleitungen definieren und auf wertschätzenden Umgang mit Schulleiter/innen und auf einen funktionalen Umgang mit Elternbeschwerden achten
- mehr Transparenz über die zur Verfügung stehenden Fortbildungsgelder für die Gesamtschulen
- Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben der Kolleg/innen, da es in Brandenburg weder Funktionsstellen für Fachbereichsleiter/innen oder Fachleiter/innen gibt noch Beförderungsmöglichkeiten außerhalb der Funktionsstellen der Schulleitung
- Funktionsstellen für Fachbereichsleitungen und Fachleitungen im Kontext der Implementierung des neuen Rahmenlehrplanes
- Erhöhung der Anrechnungsstunden für die Schulleitung, da immer mehr Verwaltungsvorgänge auf die Schulleitungen übertragen werden (z.B. Schulfahrtenbudget, Vertretungsbudget etc.)
- mehr Unterstützung für Gesamtschulen im Aufbau
- die Stundenzuweisungen für den gemeinsamen Unterricht müssen im Rahmen einer erfolgreichen Inklusion unbedingt erhöht werden
- die ministerielle Raumempfehlungsplanung von 2003 muss im Kontext des Ganztags und der Inklusion abgeändert werden, da in der alten Raumplanungsempfehlung keinerlei Räume für das temporär begrenzte separate Lernen von inklusiven Schüler/innen in kleineren Lerngruppen vorgesehen sind, ebenso gibt es keinen Platz für Ganztagsprojekte, Arbeitsgemeinschaften etc.; um die Lernstruktur und Lernkultur in der Sek. I erfolgreich zu verändern, werden personelle und räumliche Ressourcen benötigt

Die GGG-BB hält an ihrer Position fest, eine Schule für alle zu sein und dabei eine funktionale Mischung im Kontext der Aufnahme der Schüler/innen in Bezug auf alle Bildungsgangempfehlungen zu haben. Dabei wird aufgrund der quantitativ sehr hohen Anmeldezahlen von Schüler/innen mit dem Elternwunsch *Allgemeine Hochschulreife* (AHR) eine Veränderung der gesetzlichen Aufnahme auf bis zu 50% AHR-Schüler/innen im Auswahlverfahren als pädagogischer Grundsatz gesehen. Auch sollen perspektivisch die differenzierten Begabungen aller Kinder durch Profilierungsmöglichkeiten in der Schullandschaft und in den Schulen noch mehr gefördert werden.

Eine Überarbeitung der Eingliederungsverordnung im Rahmen der Integration von Flüchtlingskindern ist dringend erforderlich: Die Bildungsgangempfehlung muss vor dem

Hintergrund des Schulbesuchs geflüchteter Schüler/innen wesentlich mehr differenziert werden. Da Gesamtschulen (es gibt in Brandenburg nur 22 - inklusive der privaten GeS, aber fast 80 Gymnasien und 120 Oberschulen) mit Schüleranmeldungen extrem ausgelastet sind und deshalb kaum noch Kapazitäten haben, Geflüchtete aufzunehmen, entstehen hier zum Teil Engpässe und eine primäre Verlagerung auf die Oberschulen. Die Gymnasien können wegen der Aufnahmevoraussetzungen ebenfalls fast keine geflüchteten Schüler/innen integrieren. Somit müsste der Probeunterricht eventuell verändert und die Zugangsvoraussetzungen spezifiziert werden. Hier wird dringend ministerieller Handlungsbedarf gesehen.